

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

Extremismus im Freistaat Sachsen

Islamismus und Ausländerextremismus

Politisch motivierte Ausländerkriminalität – Straftaten mit ausländerextremistischem Hintergrund

Die „Politisch motivierte Kriminalität (PMK) Ausländer“ ist seit Jahren im Vergleich zu den anderen Phänomenbereichen äußerst niedrig. Der Anteil der ausländerextremistisch motivierten Fälle betrug im Jahr 2015 weniger als ein Prozent der Gesamt-PMK.

Im Jahr 2015 stellte die Polizei 32 (2014: 20) Straftaten mit ausländerextremistischem Hintergrund fest. Gegenüber 2014 ist damit ein Anstieg zu verzeichnen. Die Anzahl der Gewalttaten blieb mit sieben (2014: acht) fast gleich.

Die seit zwei Jahren steigende Tendenz der Straftaten steht einerseits im Zusammenhang mit der Eskalation der Lage in der Türkei. Dort wurde der Friedensprozess zwischen der „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) und der türkischen Regierung beendet. Es folgten verschärfte Auseinandersetzungen zwischen der PKK und dem türkischen Militär. Dies spiegelte sich auch in den Aktivitäten der PKK-Mitglieder und -Anhänger in Deutschland wider. Vornehmlich kam es zu Propagandadelikten.

Andererseits verursachten die kriegerischen Auseinandersetzungen im Nahen Osten, speziell in Syrien, massive Fluchtbewegungen in Richtung Westeuropa, vorwiegend nach Deutschland. Das Aufeinandertreffen Angehöriger verschiedener Religionen oder eine vermeintlich ungerechte Behandlung durch deutsche Behörden waren häufig der Auslöser für Straftaten.

Der Erkenntnisstand zum jeweiligen Tathergang ließ in den meisten Fällen jedoch keine konkrete Zuordnung zu Beobachtungsobjekten des Verfassungsschutzes zu.

Eine Gewalttat wies Bezüge zum sogenannten „Islamischen Staat“ (IS) auf.